Nr. 40. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 24. Januar 1899.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Allgemeiner preußischer Städtetag.

Der 2. allgemeine preußische Städtetag trat gestern unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Becker-Köln im Stadtverordnetensaale des Berliner Rathhauses zusammen. Als stellvertretender Vorsitzender fungirte Oberbürgermeister Kirschner-Berlin, als Schriftführer Stadtrath Hirsekorn-Berlin. Oberbürgermeister Becker-Köln eröffnete die Verhandlungen mit einem Nachruf auf den Fürsten Bismarck und einem dreifachen Kaiserhoch und gab hierauf einen kurzen Ueberblick über die Aufgaben des diesjährigen Städtetages. Vertreten sind 79 Städte durch etwa 150 Delegirte. Der Vorstand des hannoverschen Städtetages hat dem Städtetag eine Eingabe an das preußische Staatsministerium überreicht, in der gegen die Ueberweisung der gesamten Wasserbauverwaltung an das Landwirthschaftsministerium, als dem Interesse der Städte nicht entsprechend, Protest erhoben wird. Der Vorstand hat beschlossen, dem Antrage, in gleicher Weise beim Staatsministerium vorstellig zu werden, nachzukommen.

Der gestrige erste Tag war der Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Rechtsverhältnisse der Kommunalbeamten gewidmet, worüber der erste Referent Herr Stadtrath Mentzel-Breslau eine Anzahl Thesen aufgestellt hatte. Nach längerer Diskussion, an welcher sich Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona, Syndikus Thießen-Königsberg, Oberbürgermeister Voigt-Biebrich, Schmidt-Erfurt, Bender-Breslau, Schneider-Magdeburg, Werner-Kottbus, Becker-Köln, Adickes-Frankfurt a. M., Witting-Posen, Tettenborn-Homburg, Haken-Stettin, Bollmann-Guben betheiligten, wurde die Thesen in folgender Fassung angenommen:

1. „Der Städtetag begrüßt die gesetzliche Regelung der von zahlreichen Gemeinden schon freiwillig übernommenen Reliktenversorgung mit Freuden, weil diese Regelung den Gedanken, der der bereits bestehenden gesetzlichen Verpflichtung der Gemeinden zur Gewährung von Ruhegehalt an ihre Beamten zu Grunde liegt, in einer dem Bedürfniß der Kommunalbeamten und der allgemeinen Rechtsanschauung entsprechenden Weise ausgestaltet und mit den Interessen der Selbstverwaltung im Einklang steht. Eine über das Maß der gesetzlichen Fürsorge hinausgehende Reliktenversorgung ist sowohl durch ortsstatutarische Regelung als durch Vereinbarung im Einzelfalle zuzulassen.

2. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts, nach welcher die feste Anstellung eines Kommunalbeamten sich lediglich auf Grund konkludenter Handlungen vollziehen kann, ist mit den Interessen einer geordneten Gemeindeverwaltung unverträglich, sie gefährdet die Rechtssicherheit und untergräbt die Beamtendisziplin. Der Städtetag erachtet es deswegen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des ersten preußischen Städtetages für erforderlich, die Anstellung an ein klar erkennbares gesetzliches Merkmal zu knüpfen. Zu diesem Zweck erscheint folgende Gesetzesbestimmung als nothwendig: Die (feste) Anstellung jedes Kommunalbeamten erfordert eine die Ernennung zum Kommunalbeamten enthaltende schriftliche Erklärung der zuständigen Behörden. Es soll ferner ein Gesetz besonders zum Ausdruck gebracht werden, in welcher Art die Anstellung zu erfolgen hat: a) für dauernd fest angestellte, b) für Lebenszeit angestellte und c) auf Probezeit angestellte. — Ferner ist zur dauernden Festanstellung eine ausdrückliche schriftliche Erklärung der zuständigen Behörden erforderlich.

3. Es erscheint nicht gerechtfertigt, Abweichungen von dem Grundsatze der Anstellung auf Lebenszeit ausschließlich dem Ortsstatut oder der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu überlassen, vielmehr ist eine Reihe positiver Ausnahmen erforderlich, um den Gemeinden ein Mindestmaß von Bewegungsfreiheit gesetzlich zu sichern. Mit Rücksicht hierauf ist die Zuläßigkeit kündbarer Anstellung bezüglich folgender Beamten im Gesetz selbst auszusprechen: a) Beamte, deren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen werden, b) Beamte, deren Obliegenheiten im Wesentlichen in mechanischen oder untergeordneten Dienstleistungen bestehen, c) Beamte, deren Obliegenheiten in technischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Dienstleistungen bestehen, d) Beamte der städtischen Betriebsverwaltungen, dazu gehören insbesondere die unteren Exekutivbeamten, Schutzleute, Polizeisergeanten, Vollziehungsbeamte, Aufseher und Boten.

4. Die Maximaldauer der Probeanstellung ist — unbeschadet des § 13 des Militäranwärtergesetzes vom 21. Juli 1892 — auf die Dauer von drei Jahren zu bemessen. Beamte, welche das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und sich noch nicht 5 Jahre im Dienste der Gemeinde befinden, können auf Kündigung angestellt werden.

5. Der Vorbehalt des Widerrufs bei ortsstatutarischen Festsetzungen, welche Abweichungen von dem Grundsatz der Anstellung auf Lebenszeit enthalten, ist mit dem Interesse des Dienstes und fester Ordnung der Beamtenverhältnisse absolut unvereinbar.

6. Die Anstellung im Wege des Privat-Dienstvertrages ist nicht blos bezüglich der zu mechanischen und technischen, sondern auch bezüglich der zu wissenschaftlichen und künstlerischen Dienstleistungen erforderlichen Kräfte, sowie bezüglich aller Beamten der städtischen Betriebsverwaltungen zu gestatten, wofür diesen Personen obrigkeitliche Befugnisse nicht übertragen werden sollen.

7. Die Festsetzung der Beamtenbesoldungen ist nach wie vor dem individuellen Ermessen der Gemeinden zu überlassen. Die in dem Regierungsentwurfe enthaltene Bestimmung, wonach die Aufsichtsbehörde ebenso befugt wie verpflichtet ist, die Gemeinden zur Bewilligung angemessener Besoldungsbeträge anzuhalten, steht mit diesem Grundsatz im Widerspruch, denn sie gestattet der Aufsichtsbehörde nicht blos dann einzuschreiten, wenn die bewilligten Besoldungen nach Lage des einzelnen Falles in einem offenbaren Mißverhältniß zu der Bedeutung und zu den Anforderungen des Amtes stehen, sondern ermöglicht ihr nach Analogie des Lehrerbesoldungsgesetzes die Anwendung genereller Gesichtspunkte, insbesondere die Klassifizirung sämtlicher Kommunalbeamter nach bestimmten Besoldungsgruppen. Die Bestimmung birgt eine schwere Gefahr für die Selbstverwaltung und für die Beamten und ist deswegen aufs entschiedenste zu verwerfen.

8. Bezüglich der Pensionirung der Kommunalbeamten ist — unbeschadet der Vorschrift des § 107 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893 — daran festzuhalten: a) daß die Gemeinden gesetzlich nicht verpflichtet sind, bei Bemessung der Pension diejenige Dienstzeit zu berücksichtigen, welche der Beamte im Dienste des Reiches, des Staates oder eines anderen Kommunalverbandes verbracht hat; b) daß die Gemeinden befugt sind, mit den Gemeindebeamten besondere Vereinbarungen über die Pensionirung zu treffen, jedoch mit der Maßgabe, daß Vereinbarungen, welche die Pensionsberechtigung überhaupt ausschließen, der Genehmigung des Bezirksausschusses bedürfen.

Frankreich und England.

In der gestrigen Sitzung der französischen Deputirtenkammer ersuchte bei der Berathung des Budgets des Aeußern Destournelles um Aufklärungen über die Faschoda-Frage und über die Beziehungen zu England. Er erklärte, die Kammer habe sich bisher patriotische Zurückhaltung auferlegt, das Land habe aber das Recht, jetzt zu wissen, wie Lage sei, und ob man am Anfang oder am Ende der Verwickelungen mit England stehe. Er sei der Ansicht, daß man die schwebenden Streitigkeiten mit England durch einen für beide Theile ehrenvollen Vergleich beilegen solle. (Beifall.) Wenn man nicht zu einer gütlichen Einigung gelange, so werde für beide Länder die Lage eine unsichere bleiben, und dies sei mit einer Demüthigung für die Zivilisation gleichbedeutend. Ein Einvernehmen Frankreichs und Englands sei für ganz Europa von Nutzen, vielleicht hätten die Engländer noch mehr Interesse an der Erhaltung des Friedens als Frankreich. (Lebhafter Beifall.) Nach Destournelles nimmt Cochin das Wort und führt aus: Frankreich müsse an der kolonialen Expansion theilnehmen, die alle Großmächte beschäftige. England sei im Sudan, wo doch Niemand Rechte besitze, gar zu anspruchsvoll aufgetreten. Eine Politik der Nadelstiche könne man wahrlich nicht Frankreich allein vorwerfen. England lasse sich in erster Linie von seinen Handelsinteressen leiten. In Tunis profitire dieser Handel von dem französischen Protektorat. In Madagaskar habe Frankreich das unbestreitbare Recht, Zollschranken zu errichten; indessen sei das Schutzzollsystem auf die Kolonien nicht gut anwendbar. Auch Frankreichs Rechte auf Neufundland seien unbestreitbar. Nichtsdestoweniger sei ein gütliches Einvernehmen vorzuziehen, und er rathe zu einem solchen mit England. Eine Entzweiung zwischen den beiden Ländern, die an der Spitze des Fortschritts marschiren, würde ein Unglück für die ganze Welt sein. Raiberti bemerkt, Frankreich sei sich seiner Kraft bewußt, wolle aber den Frieden. Redner ersucht um Mittheilungen bezüglich der Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen. Hierauf führt Ribot aus: Er sei immer der Ansicht gewesen, Frankreich und England müßten zusammengehen zu ihrem gemeinsamen Wohle und zum Wohle der Welt. (Beifall.) Keine in verantwortlicher Stellung befindliche Persönlichkeit könne einen Krieg zwischen England und Frankreich wünschen. Redner bestreitet dann, daß England gegenüber eine zänkische Politik getrieben worden sei, erörtert die Rechte Frankreichs auf Neufundland und Madagaskar und sagt, die Politik Englands sei nicht gerecht. Die Rechte Frankreichs auf Madagaskar seien unbestreitbar. Frankreich habe das Protektorat Englands über Sansibar anerkannt unter der Bedingung, daß England dasjenige Frankreichs über Madagaskar anerkenne. (Beifall.) Die egyptische Frage sei es, die auf den Beziehungen zwischen Frankreich und England laste. Ribot führt weiter aus, England könne keine Ansprüche darauf erheben, das Protektorat über Egypten auszuüben ohne Zustimmung Europas. (Beifall.) Es sei unrichtig, daß Frankreich abgelehnt habe, über die egyptische Frage zu verhandeln. Frankreich sei niemals einer derartigen Diskussion aus dem Wege gegangen. (Beifall.) Zur Besprechung der Allianz mit Rußland übergehend, sagt Redner: Diese Allianz gewährleistet den Frieden Europas; wenn wir den Frieden aufrecht zu erhalten suchen, so geschieht es nicht, weil wir es müssen, sondern weil wir es wollen. Redner begrüßt sodann die Annäherung zwischen Frankreich und Italien sowie das Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich und schließt, indem er den Franzosen an's Herz legt, stets Frankreich zu gedenken. — Hierauf ergreift Delcassé das Wort. Er sagt, seine Politik sei geleitet gewesen im Sinne der allgemeinen Interessen Frankreichs, erinnert an die Rolle Frankreichs in dem spanisch-amerikanischen Streitfall, eine Rolle, die der Republik zur Ehre gereicht habe und aus welcher das Land moralischen Gewinn davongetragen habe. (Beifall.) Was den Abrüstungsvorschlag des Kaisers von Rußland angehe, so habe Frankreich denselben zu allererst angenommen, zunächst aus Achtung vor dem Haupte der befreundeten Nation, mit welcher niemals ein vollständigeres Einvernehmen bestanden habe, und sodann, weil Frankreich wußte, daß man nichts von ihm verlangen würde, was schwächen könnte, weder in der Gegenwart noch in der Zukunft. (Beifall.) Der Minister erörtert sodann, daß die Stellung Frankreichs als Schutzmacht der Christen im Orient in keiner Weise beeinträchtigt worden sei, erinnert an die Rolle Frankreichs in der kretischen Frage und legt dar, daß Frankreich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beigetragen habe. Es gebe aber nicht blos glückliche, sondern auch traurige Ereignisse. Zwistigkeiten zwischen großen Staaten würden sich leider nicht immer vermeiden lassen, aber er, der Minister, glaube nicht, daß eine solche vorhanden sei, die sich nicht in versöhnlichem Geiste lösen lasse. In diesem Sinne habe er den Zwischenfall Faschoda erledigt. (Der Minister spricht weiter.) Delcassé fährt fort: Er habe nicht gewußt, daß die englische Flottille nach der Einnahme Khartums nilaufwärts fahren sollte, und habe deshalb der englischen Regierung mitgetheilt, daß die zivilisatorische Aufgabe, die die Engländer im Norden verrichten würden, von den Franzosen im Süden verrichtet werden würde in der Hoffnung, daß die Engländer die Mitwirkung der Franzosen gutheißen würden. England habe aber geantwortet, daß jedes Niederlassen einer anderen Macht im Nilthal als wenig freundschaftlicher Akt angesehen werden würde und daß die Ankunft Marchands zwischen beiden Mächten einen Streitfall bilde. Er müsse gegen diese Theorie der englischen Regierung protestiren und betonen, daß nichts vorgekommen sei, was gegen Freundschaft verstoße. Die Expedition Marchand sei im Jahre 1893 vorbereitet worden, also lange vor der Sudan-Expedition; Frankreich habe in den von Egypten aufgegebenen Gebieten freie Hand gehabt und davon Gebrauch gemacht. Redner spricht dann unter dem Beifall des gesamten Hauses von dem heldenmüthigen Marsche Marchands, bemerkt, er habe im allgemeinen Interesse des Landes die Räumung Faschodas angeordnet, aber es habe sein ganzes patriotisches Empfinden dazu gehört, daß er diesen Entschluß faßte. Er habe es für patriotisch gehalten, einen Konflikt zu vermeiden, der ein Unglück für die ganze Welt gewesen wäre und der Opfer gekostet haben würde, die außer Verhältniß zu dem Streitobjekt gestanden hätten. (Beifall.) Was Frankreich anlangt, so bleibt es bereit, alle Beschwerden Englands mit der Hoffnung zu prüfen, seine Rechte zur Geltung zu bringen, aber auch in dem Bewußtsein, von Niemand abhängig zu sein. Man hat gesagt, daß die französische Revolution ein untheilbares Ganzes sei, aber auch die Geschichte Frankreichs ist ein Ganzes, von dem man kein Theilchen loslösen kann. (Lebhafter Beifall.) Der Redner fährt fort, was ihn selbst angehe, so habe er niemals vergessen, daß er der Vertreter dessen sei, das Gambetta die höchste moralische Persönlichkeit der Welt nannte. Es dränge sich also die Nothwendigkeit einer behutsamen, durchsichtigen Politik auf, die, indem sie den Zweck wolle, sich nach den erforderlichen Mitteln umsehe. Eine solche sei die Politik der Regierung, aber es sei dazu die beharrliche Zustimmung der Kammer erforderlich. (Einstimmiger Beifall.) Die weitere Berathung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Kassationshof hat gestern Mittag mit der Vernehmung Esterhazys begonnen. Das Erscheinen Esterhazys im Justizpalast ging völlig unbeachtet vorüber. Jede neue Erörterung über die endlose Dreyfus-Angelegenheit, im Senat, in der Kammer, in Volksversammlungen, zeigt nur immer wieder die eiserne, unabänderliche Thatsache, daß die Partei der Fälscher und die Partei der Rechtsvertheidiger einander unversöhnlich gegenüberstehen und daß nichts die erstere bestimmen kann, ihren Standpunkt aufzugeben. Auch die Kammersitzung am Freitag war in dieser Hinsicht ungemein bezeichnend. Der Sozialist Breton nahm, wie der Korrespondent der „Voss. Ztg." mittheilt, in seiner Anfrage über das „allergeheimste, diplomatische Schriftbündel" Gelegenheit, Herrn Meline und seine Rolle ein wenig zu beleuchten.

„Als das Dreyfus-Aergerniß ruchbar wurde", sagte er, „forderten wir volles Licht. Die Sache war damals sehr einfach. Hätten die Regierenden gleich anfangs ihre Pflicht gethan, so wäre die Angelegenheit längst zur allgemeinen Befriedigung erledigt. Sowie man wußte, daß in der ersten Verhandlung gegen Dreyfus eine Ungesetzlichkeit begangen war, mußte man sie durch das Wiederaufnahmeverfahren gut machen. Es ist schmachvoll, daß in unserer Republik, hundert Jahre nach der großen Umwälzung, ein Angeklagter verurtheilt werden konnte, ohne daß er die Papiere kannte, die seine Schuld beweisen sollten. Das hatten Sie zu thun, Herr Meline, als Sie an der Regierung waren, und es ist sonderbar, daß man Sie an die ursprünglichsten Grundsätze der Gerechtigkeit erinnern muß."

Meline: Der erste Grundsatz ist, das Gesetz zu achten. Ich habe es geachtet!

Breton: So? Nun, wir wollen prüfen, wie Sie das Gesetz geachtet haben. Die Wahrheit ist, daß Sie es mit Füßen getreten haben, und darum bin ich zur Behauptung berechtigt, daß außer den eigentlichen Schuldigen Sie der wirkliche Urheber der Dreyfus-Angelegenheit sind, und daß Sie in der Geschichte die Verantwortlichkeit für sie tragen werden. Heißt es das Gesetz achten, wenn man eine gerichtliche Gesetzwidrigkeit deckt, indem man Fälschungen begehen läßt und die Fälscher beschützt? Denn, Herr Meline, Sie kannten die Fälschung Henrys, und Sie haben vor ihr die Augen verschlossen. Ich weiß, daß Sie den Versuch machen, dies abzuleugnen. Aber weshalb haben Sie dann, der einzige von Ihrer Partei, nicht für das Anschlagen von Herrn Cavaignacs Rede mit dem gefälschten Briefchen gestimmt? Weshalb? Weil Ihnen Henrys Fälschung bekannt war. Uebrigens hat Ihr Unterrichtsminister Herr Rambaud dies im vergangenen September bei einem Festmahl ausdrücklich gestanden und hinzugefügt, Herr Meline habe die Fälschung aus Vaterlandsliebe nicht aufgedeckt. Lassen Sie mich Ihnen sagen, Herr Meline, daß dies eine überaus blinde, überaus gefährliche Vaterlandsliebe ist. Unsere Vaterlandsliebe ist anders. Sie besteht darin, Frankreich durch Wahrheit und Gerechtigkeit groß zu sehen."

Und was hat Herr Meline auf diese Vorwürfe zu antworten, die ihm unmittelbar ins Gesicht geschleudert werden? Er zögert nicht, das Wort zu ergreifen und zu sagen:

„Wenn ich eine Fälschung entdeckt hätte, so würde ich meine Pflicht gethan haben. Wenn Herr Rambaud gesagt hat, daß ich die Fälschung gekannt habe, so hat er gelogen. Folglich (!) hat er es nicht gesagt. Herr Breton wirft mir vor, die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht angeordnet zu haben. Nun denn: ich beglückwünsche mich, es nicht gethan zu haben. (Herr Simyan ruft dazwischen: Es giebt keine Dreyfus-Angelegenheit! Nicht wahr?) Denn wenn ich die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet hätte, so würde ich mich gegen meine allererste Pflicht vergangen haben, die darin bestand, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. Ich habe den Fürsprechern der Wiederaufnahme gesagt: Ich werde sie anordnen, wenn Sie mir die erforderliche neue Thatsache bringen. Aber so lange Sie selbst die zuständige Behörde nicht anrufen und ihr Ihre Beweise vorlegen, kann ich nichts für Sie thun. Das war meine Haltung, aber man hat mir nie die neue Thatsache gebracht, und darum hatte ich Recht, damals zu sagen: es giebt keine Dreyfus-Angelegenheit. Nein, es gab auch keine. Die Betheiligten aber haben niemals daran gedacht, die einzige zuständige Behörde, das Justizministerium, anzurufen."

Aus dem Reiche.

König Albert von Sachsen nahm am Sonntag aus der Hand des Kriegsministers v. d. Planitz ein Oelgemälde entgegen, welches die Ueberreichung des Marschallstabes durch den Kaiser an den König bei Gelegenheit von dessen 50jährigem Militärdienstjubiläum am 22. Oktober 1893 im Marmorsaale des Dresdner Residenzschlosses darstellt. Das von Limmer gemalte prächtige Bild enthält 55 Porträts, unter denen sich außer denen der beiden Monarchen die der Prinzen Heinrich und Albrecht von Preußen, Leopold und Arnulf von Baiern, des Prinzen Georg von Sachsen und des Erzherzogs Albrecht, sowie sämtlicher kommandirender Generale der deutschen Armee, der Herren vom kaiserlichen und königlichen Gefolge und einer Offiziersdeputation des preußischen 2. Garde-Ulanen-Regiments befinden. — Der **Prinzessin Elisabeth zu Hohenlohe-Schillingsfürst** wurde gestern eine Spende von 100 000 Mark zur Errichtung eines Pavillons für Lungenkranke in der Heilstätte am Grabowsee überreicht. Aus Anlaß des Hinscheidens seines 24jährigen Sohnes hatte Herr Gustav Böhm, Inhaber einer großen Getreidefirma, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Berliner Unfallstationen, Direktor Knoblauch, diesen namhaften Betrag für lungenkranke Brauer überwiesen. Im Einverständniß mit dem Spender hat das Kuratorium der Unfallstationen diese 100 000 Mark dem Rothen Kreuz zur Verfügung gestellt. — Der **General der Infanterie v. Strubberg**, Chef des Infanterie-Regiments Graf Werder (4. rheinisches) Nr. 30 und à la suite des Kadettenkorps, wird am 8. August d. J. sein 60jähriges militärisches Dienstjubiläum begehen. — Der **Staatsminister von Groß** in Weimar tritt am 1. April in den Ruhestand. Als muthmaßlicher Nachfolger wird der frühere preußische Gesandte, Legationsrath Raschdau, genannt. — In Stuttgart ist gestern der **Hofmaler von Bohn** im Alter von 86 Jahren gestorben. — Zur Frage der **Bestätigung des Bürgermeisters Kirschner** durch den Kaiser erklärte der Minister des Innern Freiherr von der Recke in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die Angelegenheit werde in allernächster Zeit geregelt werden. — In Dresden fand gestern Mittag in der Kapelle des Josephinen-Stifts die Trauung der Tochter des deutschen Botschafters in Petersburg **Fürsten Radolin** mit dem königlich baierischen Kammerherrn Legationsrath Grafen Moy im Beisein der Königin von Sachsen, des Hofmarschalls von Lyncker u. A. statt. Letzterer überreichte im Auftrage des deutschen Kaisers und der Kaiserin zwei prachtvolle Vasen im Empire-Stil. Der Kaiser von Rußland sandte ein Glückwunschtelegramm. — Dem würtembergischen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welchen der Finanzminister ermächtigt werden soll, der **landwirthschaftlichen Genossenschaftskasse** ein 3proz. Darlehen bis zum Gesamtbetrag von einer Million Mark zu gewähren. — In Braunschweig wurde bei den gestrigen **Stadtverordnetenwahlen 3. Klasse** der bisherige einzige sozialistische Stadtverordnete wiedergewählt; in zwei Bezirken kommen sozialistische Kandidaten in Folge welfischer Sonderkandidaturen in die Stichwahl. Die Welfen sind gänzlich durchgefallen.

Deutschland.

Berlin, 24. Januar. In einer Zuschrift an die „Köln. Ztg." weist ein deutscher Ansiedler in Kiautschou die Angriffe gegen die Verwaltung des deutschen Gouvernements zurück und hebt die unermüdliche Thätigkeit desselben hervor. Dieselbe habe mit einigen Pionieren schon Unglaubliches im Bau von Straßen und Brücken geleistet. Die Hoffnungen der Regierung gingen alle bis jetzt in Erfüllung. Die Expeditionen des Hauses Carlowitz und der Diskonto-Gesellschaft kehrten aus dem Innern zurück, wo sie unerschöpfliche Lager von Fettkohlen im deutschen Interessengebiete vorfanden.

— In Gotha sprach gestern nach dem Empfange im Thronsaal der Herzog in längerer Ansprache für die ihm und der Herzogin dargebrachten Glückwünsche seinen Dank aus. Zahlreiche werthvolle Geschenke sind dem Jubelpaar dargebracht worden. So schickte der Kaiser eine prachtvolle Uhr mit einer in der königlichen Porzellanmanufaktur hergestellten Konsole, die Königin von England vier werthvolle Lampen, die Großherzogin von Hessen ein Oelgemälde von Kaulbach. Zu wohlthätigen Zwecken haben Gemeinden und Körperschaften bedeutende Stiftungen gegründet. Nach der Gratulationskour fand ein Lunch, um 6 Uhr Galadiner zu 150 Gedecken statt. Am Abend erfolgte eine Rundfahrt zur Besichtigung der Illumination, sodann der Besuch des Theaters mit Galavorstellung.

— Die Zeitungs-Rederei über den Sohn des Herzogs von Cumberland und dessen Aussichten auf Zulassung zur Regierung in Braunschweig beginnt immer von Neuem; jetzt geht gar folgende Mittheilung des „Hannov. Kour." durch einen Theil der Presse: „Ueber die Veranlassung zum Besuch des Kaisers, der hier am Dienstag, von Gotha kommend, kurz vor Beginn der Parade eintrifft, kursiren die verschiedensten Vermuthungen und Gerüchte. Das interessanteste von diesen ist jedenfalls, daß der Kaiser den ebenfalls nach Gotha kommenden ältesten Sohn des Herzogs von Cumberland, Prinzen Georg Wilhelm, eingeladen habe, ihn nach Hannover zu begleiten, um ihm dort die hannoverschen Regimenter vorzuführen. Zu diesem Zwecke seien von sämtlichen hannoverschen Regimentern, auch von denen, die nicht in der Provinz Garnison haben und theilweise in Elsaß-Lothringen stehen, Deputationen zum Dienstag hierher befohlen worden. Der Prinz und die Offiziere der Deputationen sollen sich nach diesem Gerüchte auch an dem Frühstück im Kasino des Offizierkorps des Füsilierregiments Prinz Albrecht betheiligen. Das Generalkommando bewahrt tiefes Schweigen über die Veranstaltungen zum Kaiserbesuch. Wie viel Thatsächliches diese Gerüchte enthalten, bleibt abzuwarten."

Es ist weit gekommen, wenn derartige „Vermuthungen" und „Gerüchte" von ernsthaften Blättern verbreitet werden.

— Gegen deutsche Eisenbahnverwaltungen sind beim Reichseisenbahnamt im Jahre 1898 im Ganzen 60 Beschwerden aus dem Publikum eingelaufen. Davon beziehen sich 18 auf die Verkehrsordnung, 14 auf die Tarife, 15 auf den Fahrbetrieb und 13 auf andere Gegenstände. Das Reichseisenbahnamt hat von diesen Beschwerden für begründet erachtet 7, als unbegründet abgelehnt 15, auf den Rechtsweg verwiesen 1. In zwei Fällen sind die angeordneten Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Die übrigen 35 Beschwerden sind an die zunächst zuständigen Landesaufsichtsbehörden oder an die Eisenbahnverwaltungen zur Erledigung abgegeben worden.

— Der Landeshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen für das Jahr 1899 balanzirt in den Einnahmen und Ausgaben mit 60 014 590 Mark gegen 59 765 784 Mark im vergangenen Rechnungsjahre. Das Rechnungsjahr 1897 hatte mit einem Ueberschuß von 1 480 208 Mark abgeschlossen. Auch für das Etatsjahr 1898 wird sich wahrscheinlich ein Ueberschuß ergeben. Die über den Voranschlag hinausgehenden Mehreinnahmen sind theils eine Folge der den Voranschlag weit überschreitenden Ueberweisungen vom Reich aus den Zöllen und indirekten Steuern, theils eine solche der gesteigerten eigenen Einnahmen, namentlich aus den Forsten. Wesentliche Neuerungen im Etat bestehen namentlich in der vorgeschlagenen Aenderung der Besoldungsverhältnisse gewisser Beamtenkategorien.

— Ein skandalöser Artikel findet sich in der Wiener „Zeit": Afrikanische Galgenskizzen, verfaßt angeblich von dem österreichischen Konsul in Sansibar, Oskar Baumann. Im Plauderton erzählt er, wie in Afrika gehängt wird: „Das Hängen ist keine einheimische afrikanische Sitte, sondern gehört zu jenen Segnungen, die den Afrikanern durch die europäische Zivilisation gebracht wurden. Systematisch wurde das Hängen aber erst durch die moderne Kolonialpolitik entwickelt. Ein ungemein günstiges Studienfeld bot Deutsch-Ostafrika zur Zeit des Araks-Aufstandes; nicht nur, daß passende Delinquenten stets in großer Zahl vorhanden waren, sondern auch weil diese meist eine so hervorragende Qualifikation für den Galgen hatten, daß man mit großer Lust und Liebe an die Aufgabe herantrat. Die Strafe des Hängens genoß das eingehende Studium der leitenden Kreise. Diesen war es zu verdanken, daß sich bald eine auffallende Thatsache zeigte: man verstand das Hängen in Afrika besser als in Europa. Anfangs war die Ausführung freilich nur primitiv. Der Vorgang in der Aufstandszeit war etwa der folgende. Sobald eine geeignete Persönlichkeit in einem Sklavenjäger, Insurgenten oder ähnlichem gefunden und die üblichen Formalitäten, wie Kriegsgericht und Todesurtheil, erledigt waren, benutzten die leitenden Kreise den schönen Nachmittag zu einem Spaziergang ins benachbarte Wäldchen. Dort wurde ein passender Baum mit hervorstehendem Ast ausgewählt, eine Schlinge an diesem befestigt und unten eine Anzahl leerer Bierkisten aufgebaut, woran im bierfrohen Deutsch-Ostafrika nie ein Mangel war. Sodann wurde der Delinquent, herbeigebracht und mußte die Bierkisten besteigen. Dann wurden die Bierkisten umgestoßen, und alles, mit Ausnahme des Delinquenten trat vergnügt den Heimweg an, um rasch neue Bierkisten für künftige Fälle leer zu machen. So geschah es in der guten alten Zeit oder vor etwa zehn Jahren; aber die Verfeinerung der Sitten nahm auch auf das Hängen ihren Einfluß. Vor Allem wurde es, durch das plötzliche Auftauchen von Juristen an den fernen Ufern des Indischen Ozeans, an und für sich viel schwieriger, gehenkt zu werden. Bald fanden die mit europäischer Ueberlieferung belasteten Juristen auch die bisherige Hängeweise nicht mehr zeitgemäß. Ich erinnere mich eines Regierungsbeamten in Kilwa, der durchaus keine Rubrik finden konnte, um die sechs Galgenstricke einzutragen, mit denen soeben ebenso viel arme Teufel aufgeknüpft worden waren. Endlich buchte er sie in die Rubrik „Bewirthung fremder Gäste". Auch sonst bekamen die Hinrichtungen ein immer moderneres Gepräge, selbst Amateur- und Berufsphotographen fanden sich dabei ein, die dem am Galgen baumelnden Schächer ihr berufsmäßiges „Bitte, recht freundlich!" zuriefen .... Inzwischen waren die Neger sich über die peinlichen Folgen dieser Schlingenlegung nur zu klar geworden. Dieser Umstand sowohl wie die langwierige Haft und Gerichtsverhandlung, das feierliche Todesurtheil und der pompöse Richtpfahl riefen bei den Verurtheilten eine derartige Nervosität hervor, daß sie beim besten Willen nicht im Stande waren, sich selbst aufzuhängen. Die Sache wollte nicht recht klappen. „Das geht ja miserabel, muß bedeutend mehr geübt werden!" sagte einmal ein die Expedition leitender Gardeleutnant. Aber je mehr es geübt wurde, desto schlechter ging es, schließlich blieb nichts anderes übrig, als zu den veralteten Institutionen Europas zurückzugreifen und die Leute durch einen Henker aufknüpfen zu lassen. In höchster Vollendung sah ich diese Methode 1896 in Kilwa ausüben, wo eine ganze Anzahl Hochverräther aufgeknüpft wurde." Dieser taktlose Artikel, der von einer merkwürdigen Verwilderung des Geschmacks und des sittlichen Empfindens zeugt, kommt natürlich den kurzsichtigen Gegnern jeglicher Kolonialpolitik sehr gelegen. Der „Vorwärts" findet in diesen Galgenskizzen bereits „einen wichtigen Beitrag zur Kolonialpolitik" und giebt Auszüge daraus „namentlich zur Erbauung des Zentrums, das ja Afrika nur als ein fruchtbares Missionsfeld für christliche Propaganda betrachtet". Die Regierungen haben allen Anlaß, sich diesen sonderbaren Vertreter und seine in frivolstem Tone vorgetragenen Behauptungen einmal näher anzusehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. Januar. Der Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths an die protestantische Geistlichkeit der deutsch-österreichischen Provinzen mahnt eindringlichst zur Fernhaltung von der deutsch-radikalen „Los-von-Rom"-Bewegung.

Kaschau, 23. Januar. Heute fand die feierliche Uebergabe des vom deutschen Kaiser dem 64. Infanterie-Regiment gestifteten Fahnen-

bandes durch die preußische Offiziersdeputation statt, welche morgen nach Berlin zurückreisen wird.

Frankreich.

Paris, 23. Januar. Die „Patrie“ meldet, Monson überreichte Delcassé ein Memorandum, in welchem die Forderung, die französischen Rechte auf Neufundland aufzugeben, als dem modernen Völkerrechte zuwider erklärt, eine Kompensation prinzipiell zugelassen, aber bemerkt wird, England habe größere wegen der Schädigung seiner Interessen auf Madagaskar zu verlangen. Die Ratifizirung des Nigerabkommens werde bis zu einer diesbezüglichen Verständigung verweigert.

Spanien und Portugal.

Madrid, 23. Januar. Ministerpräsident Sagasta erklärte auf eine Anfrage, Aguinaldo verlange für die Freilassung der gefangenen Spanier, daß Spanien die Republik der Philippinen anerkenne und sich mit ihr verbinde, um die Annexion durch die Vereinigten Staaten von Amerika zu verhindern. Aguinaldo habe auch vom Vatikan die Anerkennung verlangt und die Absendung eines Delegirten gefordert, um über die Religionsfreiheit zu verhandeln.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 24. Januar. Von dem Verlag des „Lokal-Anzeigers“ waren 24 Setzer entlassen, weil sie dem Verbande angehören; in der Druckerei sollen nach der Anweisung des Herrn August Scherl keine Verbändler beschäftigt werden. Mit den 24 entlassenen Setzern hatte noch eine Anzahl anderer gemeinsame Sache gemacht, so daß im Ganzen über 100 Mann ausständig sind. Mit diesem Ausstand beschäftigte sich am Sonntag Mittag eine von mehr als 2000 Personen besuchte, von den Gewerkschaften Berlins einberufene öffentliche Volksversammlung in Kellers Festsälen, Koppenstr. 27. Den Vorsitz führte der Einberufer Gewerkschaftssekretär Millarg, den einleitenden Vortrag hielt der Vorsitzende des Kreisvereins Berlin-Brandenburg vom Verbande deutscher Buchdrucker Herr Massini, der längere Zeit in der Druckerei des Herrn August Scherl thätig gewesen ist. Die Versammlung genehmigte einstimmig folgende Beschlüsse: „I. Die heute in Kellers Sälen tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Vortragenden völlig einverstanden und erblickt 1. in der Maßnahme des Herrn Scherl seinem Personal gegenüber eine Vergewaltigung gegen die Bestimmungen des Paragraphen 152 der Gewerbeordnung, 2. in der Entlassung der 24 Setzer einen Akt beispiellosen Terrorismus und maßloser Eitelkeit, 3. ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß jeder rechtlich denkende Bürger und Arbeiter Herrn Scherl und seinem Blatt gegenüber die einzig richtigen Konsequenzen zieht, das Blatt abbestellt und in seinen Kreisen mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen wirken wird, 4. fordert die Versammlung alle Gewerkschaften und Arbeitervereine Deutschlands auf, gegen die Maßnahmen des Herrn Scherl Stellung zu nehmen und nicht eher den Kampf aufzugeben, bis die volle gesetzliche Freiheit der Arbeiter von dem betreffenden Unternehmer anerkannt und den Ausständigen Genugthuung gegeben ist. II. Die Versammlung ist sich bewußt, daß nur durch energische Unterstützung der ausgesperrten Buchdrucker eine Besserung der Zustände beim Berliner „Lokal-Anzeiger“ herbeizuführen ist. Die im „Lokal-Anz.“ inserirenden Firmen sind als Gegner der Volkssache zu betrachten. Es ist deshalb bei der großen Masse der Bevölkerung, die das Blatt liest, dahin zu wirken, daß diese Geschäftsleute, so lange sie im „Lokal-Anz.“ annonciren, nicht vom Publikum unterstützt werden. Die einsichtigen Geschäftsleute werden sich vom „Lokal-Anz.“ zurückziehen, namentlich die Bazare, und es bleiben dann nur noch die Inserate zweifelhaften Inhalts, der sogenannte „Fleischmarkt“, die dem Publikum die Haltung des Blattes bald zeigen werden, worauf das Blatt dann auch aus den anständigen Familien verschwinden wird. In allen Vereinen muß für die Ausständigen gewirkt werden. Dieser Beschluß ist allen Inserenten des „Lok.-Anz.“ bekannt zu machen.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Januar. Die gemischte Kommission, welche zur Berathung der Errichtung eines Genesungsheims für Lungenkranke aus der Karkutsch-Stiftung eingesetzt ist, hielt gestern wieder eine Sitzung ab und fand in derselben die Terrainwahl statt. In Frage kam ein von Herrn Stadtrath Dr. Dohrn zur Verfügung gestelltes größeres Terrain bei Höckendorf, ferner ein von dem Magistrat zu Fiddichow offerirtes Terrain am südöstlichen Abhange der Wendeberge bei Fiddichow und zwei verschiedene Terrains in der Wussower Haide. Das von Herrn Dr. Dohrn angebotene Terrain wurde wegen der zu befürchtenden Rauchbelästigung durch die in der Nähe befindlichen zahlreichen Fabriken für ungeeignet erachtet und von den übrigen in Frage kommenden Grundstücken entschied sich die Kommission für die Wussower Haide; welches von den beiden dort in Aussicht genommenen Terrains gewählt werden soll, bleibt einem weiteren Beschluß vorbehalten.

— Die Rekruten-Vorstellungen bei dem 148. Infanterie-Regiment sind beendet, bei dem Königs-Regiment haben dieselben heute begonnen und währen bis Donnerstag. Das hiesige Artillerie-Regiment Nr. 2 nimmt heute auf dem Güter-Bahnhof Uebungen im Geschütz-Verladen vor.

— Dem zum königlich belgischen Konsul in Stettin für die Provinz Pommern, mit Ausschluß des Regierungsbezirks Stralsund, ernannten Herrn Theodor Lieckfeld ist namens des Reichs das Exequatur ertheilt worden.

— Seit längerer Zeit haben sich Straßenjungen den „Manzelbrunnen“ als Tummelplatz ausersehen. Dieselben begnügen sich nicht mehr damit, außerhalb herumzuklettern, sie treiben vielmehr schon in der Höhe des Denkmals zwischen den Figuren, wie wir am 22. d. Mts., Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, beobachten konnten, ihre Allotria. Jeder Bewohner unserer Stadt hat an der Erhaltung des Denkmals ein Interesse, und daher meinen wir, daß Eltern und Lehrer die Pflicht haben, darauf hinzuweisen; auch Erwachsene, welche sich den Brunnen ansehen oder daran vorübergehen und einem Unfug begegnen, sollten solchen energisch zu steuern suchen. Sehr erwünscht wäre es, wenn der Brunnen wenigstens für einige Zeit unter spezielle Kontrolle der Polizei gestellt würde, denn in diesem Falle würde derselbe den Schutz genießen, der ihm gebührt.

* In der Woche vom 15. bis 21. Januar sind hierselbst 39 männliche und 24 weibliche, in Summa 63 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 23 Kinder unter 5 und 25 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 7 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 6 an Lebensschwäche, 3 an Gehirnkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 1 an anderer entzündlicher Krankheit, 1 an organischer Herzkrankheit, 1 an katarrhalischem Fieber und Grippe und 1 an Abzehrung. Von den Erwachsenen starben 9 an organischen Herzkrankheiten, 6 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 5 an Altersschwäche, 4 an Schwindsucht, 4 an Krebskrankheiten, 3 an Gehirnkrankheiten, 3 an entzündlichen Krankheiten, 2 an chronischen Krankheiten, 1 an Entzündung des Unterleibs, 1 an Rose und 1 in Folge eines Unglücksfalles.

* Verhaftet wurden hier die Arbeiter Otto Lübke und Karl Rückheim wegen Körperverletzung, Widerstandes und Beamtenbeleidigung.

* Vor etwa drei Wochen meldeten wir die wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit erfolgte Verhaftung eines Agenten Karl Donner, wir ergänzen diese Notiz auf Ersuchen des Betroffenen dahin, daß derselbe nach Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist.

* Von einem tragikomischen Unfall wurde hier ein Milchfahrer aus Frauendorf betroffen, sein Rößlein war „so krank und schwach“, daß es in der Kantstraße den Dienst völlig versagte. Alle Bemühungen, der gestürzten Rosinante wieder aufzuhelfen, erwiesen sich als erfolglos, selbst die Hülfe der Feuerwehr versagte und schließlich blieb nichts weiter übrig, als den Gaul auf einem Wagen fortzuschaffen, der Milchmann aber mußte nun auf Schusters Rappen zur Kundschaft umhertraben.

* In letzter Nacht wurde bei dem Käsehändler Kücken, Fischerstraße 18, ein Einbruch verübt. Die Diebe schoben die Fensterladen des Geschäftslokals zurück und stiegen durch die Fenster ein. Drinnen wurde ein Schreibtisch, sowie ein Sekretär erbrochen und bis auf den Grund durchwühlt, doch fanden die Diebe nur 60 Mark baares Geld, worauf es jedenfalls zunächst abgesehen war. Vermißt wurde außerdem noch eine Kiste Zigarren. — Am Sonntag Abend wurde im Hause Kronprinzenstraße 27 die Wohnung einer Beamtenwittwe mittelst Nachschlüssels geöffnet und ein Geldbetrag von 500 Mark, sowie eine goldene Damenuhr gestohlen.

— Herr G. Brode hierselbst, der frühere Besitzer des Etablissements „Johannisthal“, hat das Restaurant „Zum Luftdichten“ in Swinemünde nebst Grundstück zum Preise von 80000 Mark gekauft.

* Ornithologischer Verein. Der Vorsitzende Herr Dr. Bauer heißt die Anwesenden im neuen Jahre willkommen und wünscht einen fleißigen Besuch der Versammlungen und rege Theilnahme an den Arbeiten und Bestrebungen des Vereins. Herr Benda spricht unter Schilderung des Kapaunirens über Kapaunenzucht. Er will in diesem Jahre Versuche machen und ersucht Interessenten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Herr Dr. Bauer wie auch andere Mitglieder sind der Ansicht, daß das bisherige Verfahren durchaus nicht der Mästung förderlich sei, andererseits eignen sich die kapaunirten Hähne vorzüglich zur Führung der Küken. Herr Nebelung spricht über die ausgestellten Wellensittiche. Dieselben, jetzt vielfach bei uns mit großem Erfolg gezüchtet, werden seit etwa 50 Jahren aus Süd-Australien hier importirt. Dort leben sie in großen Zügen und nisten auch ebenso gesellig neben einander in natürlichen oder selbst gemachten Baumlöchern der Eucalipten. Sie legen 3 bis 4 Eier und verlassen die Jungen die Nisthöhlen, wenn sie vollständig flügge. Der Schnabel ist abgerundet. In wulstig aufgetriebener Wachshaut, die beim Männchen blau, beim Weibchen fahl grüngrau ist, über dem Oberschnabel liegen die Nasenlöcher. Das Gefieder ist grüngelb mit schwarzen Querlinien, durch welche er schön wellenartig gezeichnet erscheint, daher der Name. Stirn, Wangen schön gelb, Schwingen abgerundet, Schwanz lang, keilförmig abgestuft. Füße schwach, schlank, äußere Vorderzehe lang. Die Zucht ist sehr einfach und interessant. Sie erfordert einen größeren Käfig und Nistkästen, wie sie Redner vorzeigt. Nach Verloosung der Wellensittiche bespricht Herr Bindemann den Bericht über die Geflügelzuchtstationen des Verbandes. Nach demselben sind in den Verbandsvereinen gegen 80 Zuchtstationen eingerichtet, aus welchen ca. 6000 Bruteier und 279 Jungthiere theils unentgeltlich, theils zum billigen Preise abgegeben wurden. — Herr Bankkassirer Mellin hat der Vereinsbibliothek eine Anzahl ornithologischer Bücher geschenkt, wofür der Vorsitzende den Dank der Versammlung ausspricht. Im Anschluß an den jüngst im Verein gehörten Vortrag über den Eisvogel bemerkt Herr Kandler, daß er diesen Vogel früher in dem zur Oberförsterei Jädkemühl gehörigen Belauf Grambin in dem sogenannten Flottgraben mehrfach brütend beobachtet hat. Jetzt findet man ihn dort seltener. Herr Röhl ersucht die Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek entnommen, diese im Laufe des Februars zurückzugeben, da eine Revision vorgenommen werden solle. Angemeldet werden die Herren Spediteur Ravenstein, Baumeister Stange, Tischlermeister Bogenschneider und Buchbindermeister Kühnel von hier, ferner Gutsbesitzer Börner, Wilhelmsfelde, Gutsbesitzer W. L. Schmidt und Rentier Hehmke in Möhringen.

Aus den Provinzen.

△ **Stargard**, 23. Januar. Die Kostenüberschreitungen bei dem hiesigen Schlachthausbau haben in der Stadtverordneten-Sitzung vom Sonnabend zu recht lebhaften Debatten geführt. Der Bau war auf 400 000 Mark veranschlagt, jedoch wurde bei Einbringung der Vorlage eine bedeutende Reduzirung der Kosten in Aussicht gestellt, da die Gebote sehr günstig waren. Statt der Ermäßigung hat jedoch eine bedeutende Ueberschreitung der Bausumme stattgefunden und der Magistrat beantragte, zur Deckung der Mehrausgaben 23 343 Mark aus den Ueberschüssen des Schlachthofes zu bewilligen. Nach einer sehr erregten Debatte traten jedoch nur 8 Stadtverordnete für diesen Antrag ein, so daß derselbe abgelehnt wurde, dagegen wurde ein aus der Versammlung gestellter Antrag mit 23 gegen 8 Stimmen angenommen, den Magistrat um Rechtfertigung zu ersuchen. Da sich nach den abgegebenen Angeboten die Baukosten auf 374 000 Mark reduzirt haben, hätte für die in der Abrechnung nachgewiesenen Mehrausgaben rechtzeitig die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachgesucht werden müssen. Da dies nicht geschehen ist, so liegt eine Verletzung des Geldbewilligungsrechtes der Stadtverordneten-Versammlung vor.

F. **Greifswald**, 23. Januar. Im Alter von 67 Jahren verstarb gestern der königliche Landgerichtsrath Karl Fuhrmann, welcher seit dem Jahre 1871 dem hiesigen Richter-Kollegium angehörte.

-e- **Stralsund**, 23. Januar. In Lüssow brannte gestern der Gutspferdestall vollständig nieder, große Getreide- und Futtervorräthe wurden vernichtet.

D. **Garz a. R.**, 23. Januar. Am Sonnabend wurde die Schier'sche Gastwirthschaft ein Raub der Flammen, eine Anzahl in den Bodenräumen untergebrachter Reisender mußte durch die Fenster gerettet werden.

Stolp, 23. Januar. Der 30jährige Hausdiener Kr. von hier, der von seinem Arbeitgeber als fleißig, treu und nüchtern bezeichnet wird, sich auch sonst eines guten Leumundes erfreut, verfiel, wie die „Ztg. f. Hinterp.“ schreibt, gestern Vormittag in religiösen Wahnsinn, begab sich aus seiner Beschäftigung heraus im Arbeitsanzuge während der Predigt in die Marienkirche und verlangte vor dem Altar die Verabreichung des heiligen Abendmahls. Hierdurch wurde der Gottesdienst gestört und mußte der Unglückliche aus der Kirche hinausgeführt und der Polizei überliefert werden. Diese hat seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus veranlaßt. Kr. hat sich den Tod seines kürzlich verstorbenen Freundes sehr zu Herzen gezogen und dürfte dies den Anlaß zu seiner plötzlichen Erkrankung gegeben haben.

Gerichts-Zeitung.

— Das Landgericht in Köslin verhandelte gegen den Vorwerksbesitzer Priebe-Zanow wegen Kaufs konservativer Stimmen bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Schlawe-Bütow sowie gegen 23 wegen Stimmenverkaufs angeklagte Personen. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Literatur.

Von G. L. Daube u. Co., Zentral-Annoncen-Expedition deutscher und ausländischer Zeitungen, gegründet 1864, ist ein schön ausgestatteter **Zeitungskatalog für 1899** herausgegeben, sehr bequem zum Gebrauche eingerichtet, der wohl empfohlen werden kann. [4]

Kunst und Wissenschaft.

Berlin, 24. Januar. Die gestrige General-Versammlung des Vereins Berliner Künstler, in der die Vorstandswahl auf der Tagesordnung stand, sollte in Folge der Vorgänge und Erörterungen der letzten Wochen eine besondere Bedeutung erlangen. Vor Beginn des Wahlaktes verlas der Vorsitzende Professor Ernst Körner zunächst folgendes Schreiben des Kaisers an den Vorstand des Vereins: „Der Verein Berliner Künstler hat Mir aus Anlaß der Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler an den Wirklichen Geheimen Rath Professor Adolf von Menzel in der Adresse vom 3. und dem Telegramm vom 9. d. M. den Dank und die Huldigung der Berliner Künstlerschaft dargebracht. Ich bin durch diese Kundgebungen aufs angenehmste berührt worden und habe aus ihnen mit Befriedigung ersehen, welch freudigen Widerhall diese Ehrung des großen Meisters in der Künstlerwelt gefunden hat. Gern gebe Ich erneut der Hoffnung Ausdruck, daß das leuchtende Vorbild Adolf von Menzels unter den Jüngern der Kunst eine eifrige Nachfolge finden und die deutsche Kunst, eingedenk ihrer großen Bedeutung für das Allgemeinwohl, an den bewährten Grundlagen festhalten werde, welche dieselbe, auf nationalem Boden erwachsen, im Laufe ihrer Entwickelung gewonnen hat.“ Hocherfreut über diese Kundgebung gab die Künstlerschaft ihrer Begeisterung in einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser Ausdruck. Aus dem sodann von dem Vorsitzenden erstatteten Rechenschaftsbericht ging hervor, daß das Vereinsvermögen sich gegenwärtig auf 750 000 Mark beläuft. Für den Bau des Künstlerhauses waren 450 000 Mark bewilligt worden; die Summe wurde um 29 000 Mark überschritten, deren Ausgabe nachträglich gutgeheißen wurde. Dem Vorstand wurde darauf Entlastung ertheilt und seitens des Prof. Eschke der Dank für seine Geschäftsführung ausgesprochen. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden wurden 270 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Anton von Werner 168, Körner 55, Hoffacker 30, zersplittert waren 17. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Prof. Hoffacker mit 184 von 212 Stimmen gewählt. Erster Schriftführer wurde der Maler Max Fritz (bisher Hausmann), zweiter Schriftführer Maler Dr. Seeger; erster Säckelmeister Bildhauer Professor Dr. Hartzer, zweiter Säckelmeister Maler Franz Bombach (bisher Rusche).

Vermischte Nachrichten.

Braunschweig, 23. Januar. Gestern Abend hat ein zwanzigjähriger Bursche die Tochter eines hiesigen Beamten überfallen und ihr mit einem scharfen Instrumente Stiche am Leibe beigebracht.

Antwerpen, 24. Januar. In dem nahen Hoboken sind wiederum 2 Personen, darunter ein Arzt, von einem tollen Hunde gebissen und in das Pasteur'sche Institut überführt worden. Die Aufregung in der ganzen Umgegend ist eine sehr große.

London, 23. Januar. In verschiedenen Theilen des Landes herrschte während der vergangenen Nacht heftiger Sturm. Mehrere Flüsse sind ausgetreten. Der Postdampfer von Calais nach Dover machte wiederholt vergebliche Versuche, die Landungsstelle in Dover oder Folkestone zu erreichen, und landete schließlich an letzterem Orte. Die Nacht-Dampferdienste im Kanal waren eingestellt.

Athen, 23. Januar. Ueber das gestrige Erdbeben im Peloponnes wird weiter gemeldet: Gestern früh 9½ Uhr wurde in dem ganzen Peloponnes, namentlich in den südwestlichen Departements, ein starkes Erdbeben verspürt. In der Stadt Philiatra sind sämtliche Häuser geborsten. Die Einwohner kampiren unter freiem Himmel. Zwei Ortschaften in der Umgegend von Philiatra sind vollständig zerstört. Verluste an Menschenleben sind nicht vorgekommen, dagegen erlitten mehrere Personen Verletzungen. In der Stadt Kyparissia sind ebenfalls sämtliche Gebäude beschädigt, einige sind eingestürzt. In den Departements Kyparissia und Philiatra dauern die Erschütterungen fort. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen ist sehr gering. In einer Ortschaft wurden etwa 50 Kinder verletzt. Die Ortschaft Staso ist zerstört; ob dort Personen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht bekannt; in Navarin und Salamanta sind einige Häuser beschädigt, doch kennt man die Höhe des Schadens noch nicht. In der Umgegend von Zante wurde das Erdbeben sehr stark verspürt, doch wurde kein Schaden angerichtet. Die Erdstöße folgten gestern vom frühen Morgen ab unaufhörlich aufeinander. Da die Einwohner nicht wagen, in ihre Wohnungen zurückzukehren, verlangen sie Zelte und Unterstützungen, welche die Regierung abgesandt hat.

Schiffsnachrichten.

Vlissingen, 24. Januar. In voriger Nacht fand auf der Schelde zwischen dem englischen Dampfer „Prinz Heinrich“ und dem Dampfer „Gotha“ ein Zusammenstoß statt. Nachdem ersterer schwere Havarien erlitten hatte, ist er gesunken. Die Passagiere und Mannschaft konnten rechtzeitig gerettet werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. Januar. Wetter: Regnig. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 766 Millimeter. Wind: NO.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko vom Faß 70er 39,40 G.

Berlin, 24. Januar. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 40,60, loko 50er amtlich —,—.

London, 24. Januar. Wetter: Schön.

Berlin, 24. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,60	London kurz	204,15
do. do. 3½%	101,75	London lang	203,00
do. do. 3%	93,30	Amsterdam kurz	168,65
Dtsch. Reichsanl. 3%	93,30	Paris kurz	82,10
Pom. Pfandb. 3½%	99,10	Belgien kurz	80,95
do. do. 3%	90,50	Berl. Dampfmühlen	127,00
do. Neul. Pfd. 3½%	98,80	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	107,50
3% neuländ. Pfdbr.	90,25	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	427,50
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	100,00	„Union“, Fabr. chem. Produkte	144,70
do. 3%	89,80	Varziner Papierfabr.	193,25
Italienische Rente	94,20	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	162,25
do. 3% Eisb.-Obl.	59,75	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	100,50	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	101,00	Stett. Stdtanl. 3½%	—,—
Serb. 4% 95er Rente	61,40		
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,50	**Ultimo-Kourse:**	
Rum. am. Rente 4%	92,75	Disc.-Commandit	199,10
Mexikan. 6% Goldr.	99,70	Berl. Handels-Ges.	168,50
Oesterr. Banknoten	169,40	Oesterr. Credit	225,25
Russ. Bankn. Cassa	216,50	Dynamite Trust	179,00
do. do. Ultimo	—,—	Bochumer Gußstahlf.	239,60
Gr. Russ. Zollcoup.	324,30	Laurahütte	219,60
Franz. Banknoten	81,20	Harpener	178,90
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,40	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	187,50
do. (100) 4%	—,—	Dortm. Union Lit. C.	110,60
do. (100) 4%	88,40	Ostpreuß. Südbahn	95,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Marienburg-Mlawkabahn	82,75
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,00	Norddeutscher Lloyd	115,10
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	224,00	Lombarden	30,10
Stett. Vulc.-Prior.	227,50	Franzosen	154,60
Stett. Straßenbahn	173,00	Luxemburg. Prince-Henribahn	104,10
Petersburg kurz	215,90		
Warschau kurz	215,95		

Tendenz: Still.

Paris, 23. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	23.	21.
3% Franz. Rente	102,25	102,17
5% Ital. Rente	93,70	93,75
Portugiesen	23,80	23,80
Portugiesische Tabaksoblig.	487,00	—,—
4% Rumänier	93,20	93,25
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	100,40	—,—
3% Russen (neue)	95,50	95,35
4% Serben	—,—	60,50
4% Spanier äußere Anleihe	50,45	49,35
Convert. Türken	23,55	23,50
Türkische Loose	113,20	111,50
4% türk. Pr.-Obligationen	485,00	485,00
Tabacs Ottom.	271,00	270,00
4% ungar. Goldrente	101,00	101,00
Meridional-Aktien	690,00	690,00
Oesterreichische Staatsbahn	771,00	—,—
Lombarden	170,00	168,00
B. de France	3770	3770
B. de Paris	943,00	941,00
Banque ottomane	556,00	556,00
Credit Lyonnais	886,00	886,00
Debeers	748,00	732,00
Langl. Estrat.	100,00	99,50
Rio Tinto-Aktien	880,00	875,00
Robinson-Aktien	243,00	239,00
Suezkanal-Aktien	3588	3570
Wechsel auf Amsterdam kurz	205,93	206,00
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,00	122,00
do. auf Italien	7,00	7,25
do. auf London kurz	25,16½	25,17
Cheque auf London	25,19	25,19½
do. auf Madrid kurz	379,50	378,50
do. auf Wien kurz	206,87	206,87
Huanchaca	49,00	48,00
Privatdiskont	2⅞	—,—

Köln, 23. Januar. Rüböl loko 53,00, per Januar 50,80. — Wetter: Schön.

Hamburg, 23. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,25 G., per Mai 31,75 G., per September 32,50 G., per Dezember 33,00 G.

Hamburg, 23. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,40, per März 9,42½, per Mai 9,47½, per August 9,65, per Oktober 9,25, per Dezember 9,25. Behauptet.

Bremen, 23. Januar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,95 B. Schmalz fest. Wilcox 29¾ Pf., Armour shield 29¾ Pf., Cudahy 30¾ Pf., Choice-Grocery 30¾ Pf., White label 30¾ Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 27½ Pf. — Reis fest. — Kaffee behauptet. — Baumwolle steigend. Upland middl. loko 29¾ Pf.

Pest, 23. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktemarkt. Weizen loko fest, per März 9,51 G., 9,53 B., per April 9,41 G., 9,43 B. Roggen per März 7,95 G., 7,96 B. Hafer per März 5,91 G., 5,93 B. Mais per Mai 4,86 G., 4,87 B. Kohlraps per August 11,95 G., 12,05 B. — Wetter: Nebel.

Amsterdam, 23. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per März —,—, per Mai —,—. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 145,00, per Mai 138,00. Rüböl loko 24,50, per Mai 23,25.

Amsterdam, 23. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Antwerpen, 23. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 23. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,00 bez. u. B., per Januar 19,00 B., per Februar 19,12 B., per März 19,12 B. Ruhig.

Schmalz per Januar 71,00.

Paris, 23. Januar. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 27,50 bis 28,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,75, per Februar 29,00, per März-Juni 29,50, per Mai-August 29,87.

Paris, 23. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, per Januar 21,65, per Februar 21,60, per März-April 21,60, per März-Juni 21,65. Roggen ruhig, per Januar 14,40, per März-Juni 14,60. Mehl matt, per Januar 45,05, per Februar 45,20, per März-April 45,50, per März-Juni 45,45. Rüböl behpt., per Januar 48,75, per Februar 48,75, per März-April 49,25, per Mai-August 50,25. Spiritus ruhig, per Januar 44,75, per Februar 44,50, per März-April 44,25, per Mai-August 44,25. — Wetter: Schön.

Havre, 23. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 37,25, per März 37,75, per Mai 38,25. Ruhig.

London, 23. Januar. 96% Javazucker loko 11,00 träge, Rüben-Rohzucker loko 9,25 fest.

London, 23. Januar. Chili-Kupfer 66,50, per drei Monate 66,75.

London, 23. Januar. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt träge.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 46 980, Gerste 8396, Hafer 106 219 Quarters.

London, 23. Januar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 66 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 111 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zink 25 Lstr. 5 Sh. — d. Blei 13 Lstr. 5 Sh. — d. Roheisen Mixed numbres warrants 54 Sh. 1 d.

Glasgow, 23. Januar. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 54 Sh. 4½ d. Warrants Middlesborough III. 48 Sh. 4 d.

Newyork, 23. Januar, Abends 6 Uhr.

	23.	21.
Baumwolle in Newyork	6,37	6,25
do. Lieferung per Februar	—,—	5,93
do. Lieferung per April	—,—	5,96
do. in Neworleans	5,62	5,50
Petroleum, raff. (in Cases)	8,15	8,15
Standard white in Newyork	7,40	7,40
do. in Philadelphia	7,35	7,35
Credit Calances at Oil City	116,00	116,00
Schmalz Western steam	5,95	5,87½
do. Rohe und Brothers	6,10	5,90
Zucker Fair refining Moscovados	3,75	3,75
Weizen: fest.		
Rother Winterweizen loko	81,25	80,25
per Januar	—,—	—,—
per März	79,25	77,75
per Mai	76,00	74,75
per Juli	74,37	—,—
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,62	6,62
per Februar	5,40	5,40
per April	5,60	5,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais fest,		
per Januar	—,—	—,—
per März	—,—	—,—
per Mai	42,75	41,75
Kupfer	15,50	15,00
Zinn	24,00	23,00
Getreidefracht nach Liverpool	2,50	2,75

Chicago, 23. Januar.

	23.	21.
Weizen fest, per Januar	—,—	—,—
per Mai	72,00	70,75
Mais fest, per Januar	35,75	34,75
Pork per Januar	10,10	10,00
Speck short clear	5,25	5,25

Woll-Berichte.

London, 23. Januar. (Wollauktion.) Stimmung fest, Preise behauptet.

Wasserstand.

* **Stettin**, 24. Januar. Im Revier 5,65 Meter = 18′ 0″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 24. Januar. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet, daß die Reichsregierung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorbereitet, welche für Geschäftsangestellte eine zehnstündige, ununterbrochene Ruhezeit und einstündige Tischzeit, falls außerhalb des Geschäfts gespeist wird, vorschreibt. Falls zwei bis drei Geschäftsinhaber es beantragen, kann von der Ortsbehörde ein obligatorischer Geschäftsschluß von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens mit dem Verbot des Hausirhandels während dieser Zeit verfügt werden.

Die Berathung des Zentrumsantrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird voraussichtlich am morgigen Mittwoch stattfinden.

Der Staatssekretär des Reichspostamts, von Podbielski, ist an einem Gichtanfall plötzlich erkrankt.

Wien, 24. Januar. Die „Wiener Ztg.“ publizirt die Ernennung des Kaufmanns Karl Schrag in Nürnberg zum österreichisch-ungarischen Konsul.

Paris, 24. Januar. Der Prozeß Henry-Reinach wird allem Anscheine nach zu heftigen Straßenkrawallen Anlaß geben. Die Nationalisten und Antisemiten suchen bereits die nöthigen Personen, welche am 27. Januar vor dem Justizpalast mit Knütteln ꝛc. die Scenen wiederholen und verbessern sollen, die während des Zola-Prozesses sich zugetragen haben.

Havre, 24. Januar. Die Sozialistenführer Jaures und Allemane hielten vor mehreren tausend Personen eine längere Konferenz ab über die Unschuld Dreyfus' und wurden mit großer Begeisterung von der Volksmenge begrüßt. Hier ist man von der Unschuld Dreyfus' vollständig überzeugt.

Rom, 24. Januar. Der Papst leidet in Folge der Influenza an einer leichten Trübung des Gehörs. Der Leibarzt sucht, um Anstrengungen zu verhindern, die größeren Empfänge möglichst einzuschränken.

London, 24. Januar. Die gesamte Presse kommentirt die gestrige Kammersitzung in Paris. — „Daily Mail“ schreibt: Frankreich spreche immer von England als von einem kriegslustigen Nachbar, obgleich England seit dem letzten Jahrzehnt Frankreich fortgesetzt Zugeständnisse gemacht habe. „Daily graphic“ sagt: England will die Rechte Frankreichs überall anerkennen und wünsche, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern bessern möchten. In England ist Niemand, der die Rechte Frankreichs bezüglich Madagaskar und Newfoundland nicht zugeben will. „Daily chronicle“ bespricht die Rede Delcassés und hält dieselbe für ein Vorzeichen, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich endgültig in ein günstiges Stadium eingetreten sind. — „Daily News“ meinen, Jedermann bedauere nur, daß zwischen beiden Ländern Streitpunkte entstanden seien, man wünsche allseitig den Frieden.

In der Bank von Carr ist man auf Unterschleife von 60 000 Pfund Sterling gestoßen.